

Hat es Sinn, nach Bonn zu schreiben?

Große Zustimmung herrscht unter den Angehörigen unserer Universität zum Brief Walter Ulbrichts: sie werten ihn als neue Friedensinitiative. Einige wenige Stimmen aber würden laut, z. B. in der Augenklinik und im Dolmetscherinstitut, die nicht auf einen Erfolg des Briefes bei Adenauer hoffen und meinen, er sei deshalb nutzlos.

Mit Genugtuung konnten die Vertreter der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in ihrer Deklaration vom 4. Februar 1960 feststellen, daß die Welt in die Phase der Verhandlungen über die Regelung der wichtigsten internationalen Streitfragen zur Schaffung eines dauerhaften Friedens eingetreten ist. Die Abrüstung ist zur Haupt-

Deshalb soll Adenauer seine Pläne in den Papierkorb werfen und über das atomare Inferno nachdenken, das - wie Walter Ulbricht schreibt - „Sie der westdeutschen Bevölkerung und auch Ihren Kindern und Enkeln bereiten würden.“ Das ist keine Frage der gegenseitigen politischen Ueberzeugung, sondern eine Lebensfrage aller Deutschen.

Von Adenauer ist bis heute noch keine Antwort gekommen. Deshalb ist der Brief aber noch lange nicht ohne Echo geblieben. Westdeutsche Friedenskräfte, besonders in der Arbeiterklasse, haben sehr wohl verstanden, daß auch sie eine Antwort auf den Brief haben müssen. So äußerte z. B. Karlheinz Schmitz, SPD-Mitglied und Betriebsrat von Köln, daß auch vor 1933 die Kommunisten warnten, Hitler ist Krieg, und er weist auf die bitteren Erfahrungen hin, die aus der Nichtachtung der Warnung erwachsen. Er will, daß die SPD die jetzige Warnung Walter Ulbrichts nicht wieder in den Wind schlägt.

Einer von vielen ist auch Herr Hettgand, ehemaliges Ratsmitglied von Dortmund, der zu der Schlußfolgerung kommt, daß allein die Bundesregierung eine friedliche Entwicklung in Deutschland hintertreibt. Gleichzeitig beklagt er sich über die Entstellung des Briefes in der westdeutschen Presse. Gerade darum müssen wir immer wieder die Wahrheit über unsere Absichten, über die wirklichen Gegensätze in Deutschland nach Westdeutschland tragen.

Der Brief bestärkt die westdeutschen Friedenskräfte, und er soll Adenauer zur richtigen Einschätzung der Lage verhelfen. Seine falsche Politik hat ihn in die Isolierung getrieben, die auch in der Forderung von 40 CDU-Bundestagsabgeordneten, darunter zwei Minister, zum Ausdruck kommt, Oberländer vom Ministerposten zu entfernen.

Der Brief hat einen großen Nutzen für die friedliebenden Kräfte. Es gibt keinen Grund zum Pessimismus. **K. J.**



Der Rosenzüchter und seine Blüten
Zeichnung: Böhnke

frage des internationalen Lebens unserer Tage geworden.

In einer solchen Zeit der Entspannung stellt sich Adenauers Kriegsminister Strauß vor die Ministerkonferenz der NATO und verlangt eine noch schnellere atomare Rüstung. Für den Kriegsfall kalkuliert er kaltschnäuzig die Vernichtung von Millionen westdeutscher Bürger ein.

Aus dieser Situation heraus schrieb Walter Ulbricht seinen Brief an Adenauer, „weil ich nichts, aber auch gar nichts unversucht lassen möchte. Sie und die Mitglieder Ihrer Partei von den für die nationalen Interessen des deutschen Volkes und für den Frieden Europas höchst gefährlichen Weg abzubringen.“

In nationaler Verantwortung hat Walter Ulbricht den Brief geschrieben, weil es gerade in Deutschland bei der Frage Krieg oder Frieden um die nationale Existenz des Volkes geht. Ohne Illusionen über die Ziele Adenauers und über die Möglichkeit einer gegenseitigen Ueberzeugung in politischen Zielen zu haben, schreibt Walter Ulbricht, „daß es nicht gänzlich unmöglich sein sollte, wenigstens in einigen grundlegenden Fragen, die alle Deutschen betreffen, eine gewisse Annäherung herbeizuführen.“

Angesichts zweier Katastrophen

Gegen die Politik der physischen Vernichtung

Unser Planen und Bauen ist ein Werk für die Zukunft und nur im Frieden sinnvoll. Die friedliche Lösung der deutschen Frage und die Erhaltung des Friedens in der Welt können nur die Grundlagen unserer friedlichen Aufbauarbeit sein.

Gemeinsam mit allen Werktätigen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates verfolgen wir Wissenschaftler mit wachsender Besorgnis die Aufrüstung der westdeutschen Bundesrepublik, insbesondere die Aufstellung von Raketenbatalionen.

Angesichts der furchtbaren Lehren, die uns innerhalb eines Jahrhunderts zwei katastrophale Weltkriege erteilt, kann kein vernünftiger Mensch eine Politik gutheißen, die zum Krieg und zur physischen Vernichtung strebt, die große Energien für die Aufrüstung verwenden läßt, welche sonst z. B. auch dem Aufbau und der Sanierung eines großen Teiles unserer deutschen Dörfer zugekommen würden, deren baulicher Nachholbedarf infolge zweier Weltkriege enorm ist.

Wir wünschen alle, daß man in Westdeutschland den Brief Walter Ulbrichts an Dr. Adenauer, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, zum Anlaß nähme, den Wettbewerb in der Atomrüstung in einen Wettbewerb für friedliche Aufbauarbeit umzuwandeln.

Dr.-Ing. M. Berger
Komm. Direktor des Instituts für Landwirtschaftliches Bauwesen und Dorfgestaltung

Universitätszeitung, 10. 2. 1960, S. 5

Entwicklung der Wissenschaft nur unter friedlichen Bedingungen

Der Aufbau unseres Staates und die Entwicklung zum Sozialismus kann sich nur unter friedlichen Bedingungen vollziehen. Die sozialistischen Staaten sind im Gegensatz zu den kapitalistischen und imperialistischen Staaten nicht am Krieg interessiert, da die kriegerischen Auseinandersetzungen oder schon die Vorbereitungen dazu die weitere Entwicklung hemmen. Die wissenschaftliche Entwicklung steht stets im engen Zusammenhang mit der kann sich deswegen auch nur unter friedlichen Aspekten weiterentwickeln.

Im Gegensatz dazu nehmen die Kriegsvorbereitungen besonders in Westdeutschland immer bedrohlichere Formen an. Mit vollem Recht wenden sich die Ausführungen Walter Ulbrichts gegen diese bedrohlichen Entwicklungen. Der Brief Ulbrichts beweist, daß die DDR nach 108 Vorschlägen an einer Entspannung der weltpolitischen Lage interessiert ist, von der Regierung der DDR wird immer wieder die Frage der Abrüstung auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Vorschläge Walter Ulbrichts müssen von jedem ehrlichen Deutschen begrüßt werden. Sie sind als Appell zur Erhaltung des Friedens für eine glückliche Zukunft des gesamten deutschen Volkes zu werten.

Prof. Dr. Leistner
Dr. Hauke
Dr. Richter
Dr. Oberröder



Stimme von unten: „Blitzkrieg ist deutsche Tradition, aber der Benzin-konister für das Ende auch!“
Zeichnung: Arndt



Wir werden unsere Politik der Entspannung fortsetzen!

Walter Ulbricht stellte in seinem Brief an Adenauer fest: „Wenn die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik nicht in kürzester Frist die Atomrüstung einstellt und den Rüstungsstopp durchführt, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gezwungen sein, entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen und ihre Verbündeten ersuchen, ihr Raketenwaffen zur Verfügung zu stellen.“

Diese Stelle im Brief Walter Ulbrichts führte unter einigen Studenten unserer Universität zu Unklarheiten. Bei den Chemikern trat das Argument auf, Raketenwaffen bedeuten doch einen moralischen Nachteil für uns. Wir sind immer gegen Raketen auf westdeutschem Territorium aufgetreten, wenn wir jetzt welche besitzen, können wir nicht mehr dagegen kämpfen. Unter den Dolmetschern und Biologen gab es Studenten, die meinten, die Sowjetunion rüstet ab, und die DDR verlangt Raketen. Ist das nicht ein Widerspruch?

Alle diese Argumente haben eines gemeinsam: Sie lassen die Grundfrage außer acht, die gegenwärtig in Deutschland steht: Die Ueberwindung des Gegensatzes zwischen den Friedensinteressen unseres Volkes und den aggressiven militaristischen Plänen der herrschenden Kreise um Adenauer in Westdeutschland. Wir sagen, der Weg zur Lösung dieses Widerspruchs ist eine Politik der Entspannung, der Annäherung und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten. Darum unser Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, darum unser Vorschlag auf Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die friedliche Regelung der Westberlinerfrage, darum unser Vorschlag für den Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten, und darum schließlich der Brief Walter Ulbrichts an Adenauer. Eine große Unterstützung dabei ist der Vorschlag Chruschtschows zur allgemeinen und totalen Abrüstung und die einseitige Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte um 1,2 Millionen Soldaten.

Aber der Bonner Kanzler lehnt alle Verhandlungen mit der DDR ab, weil er sich die Hände freihalten will für eine militärische Aggression, d. h. für den Krieg. Walter Ulbricht sagt in seinem Brief: „Uns sind die Pläne



„Da sage einer, wir würden nicht abrüsten, da wir sogar unsere Raketen ins Meer werfen!“

ihres Kriegsministers bekannt, die Atomrüstung zu beschleunigen, um durch einen Blitzkrieg die DDR zu überfallen. Sie wissen ebensogut wie ich, daß bei den 1959 stattgefundenen Manövern in Westdeutschland die Uebungen mit diesem Ziel durchgeführt wurden.“ Und die jüngsten Aggressionsübungen „Winterschild“ unmittelbar an der Staatsgrenze der DDR besagen nichts anderes.

Wer also ist, so müssen wir fragen, moralisch im Nachteil? Unsere friedlichen Vorschläge, die unter breiten Schichten der westdeutschen Bevölkerung täglich größeren Widerhall finden - nicht zuletzt beweist das der Brief Walter Ulbrichts - isolieren die Bonner Militaristen und Revanchisten immer mehr. Gerade deshalb betreiben sie in hektischem Fieber die atomare Aufrüstung Westdeutschlands.

*
Ein neuer Don Quichotte
Aus „Junges Welt“
*



Die Konferenz der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die kürzlich in Moskau stattfand, unterstrich noch einmal mit Nachdruck: Es ist eine solche Lage entstanden, daß jeder Versuch eines aggressiven Staates, strittige internationale Fragen mit Waffengewalt zu lösen, zur sofortigen und vollständigen Vernichtung der Friedensstörer führen würde.

Walter Ulbricht betont in seinem Brief nachdrücklich: „Wir werden nach wie vor alles tun, um innerhalb Deutschlands die Entspannung zu fördern und jedwede militaristische und Revanchepolitik zu bekämpfen und vor den Großmächten den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu begründen, damit der Weg frei wird für die Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes in Frieden und Freiheit.“ Es ist kein Widerspruch, sondern eine Notwendigkeit, wenn unsere Republik auch weiterhin konsequent ihre Friedenspolitik fortsetzt, aber andererseits in der Lage ist, jedem Aggressor seine Gelüste für immer auszutreiben.

Darum wird die DDR - der einzige und rechtmäßige Friedensstaat auf deutschem Boden - über Raketen verfügen, wenn die Bonner Revanchepolitiker sie dazu zwingen. U. V.

Was beweist den aggressiven Charakter der Bonner Armee?

Der aggressive Charakter der Bonner Armee, der den Beteuerungen Adenauers über lautere Verteidigungsabsichten Hohn spricht, ist heute nicht nur an gelegentlichen Aussprüchen einiger westdeutscher Politiker und Militärs nachzuweisen, sondern bereits an Hand weitreichender Eroberungspläne wie dem Plan SIDE-STEP, den Walter Ulbricht auf der Pressekonferenz zu seinem Brief an Adenauer enthüllte:

„Bei der Vorbereitung der Uebung ‚SIDE-STEP‘ wurde im westdeutschen Generalstab die Direktive gegeben die Uebung so durchzuführen wie seinerzeit die Vorbereitung des Einmarsches nach Oesterreich und in das Sudetengebiet. Das Entscheidende sei der blitzartige Ueberfall, damit das Ueberraschungsmoment so stark wirkt, daß ein Eingreifen der Großmächte verhindert wird.“

Darüber hinaus sind die aggressiven Ziele der Bonner NATO-Armee eindeutig nachweisbar an Hand ihrer Struktur und Bewaffnung. Sie ist eine ausgesprochene Kaderarmee. Ihr Stellenplan sieht 140 Generale, 600 Oberste, 1727 Oberleutnante und 4013 Majore vor. Dagegen hatte die Reichswehr aus der innerhalb weniger Jahre die Millionarmee Hitlers entstand, nur 44 Generale, 105 Oberste, 191 Oberleutnante und 374 Majore. Die Ueberbesetzung der Führungsstellen in der Bundeswehr harmonisiert deutlich mit der Novelle zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes, die die Adenauer-Regierung an den Bundestag zur Beratung weiterleitete, und die eine totale Mobilmachung gestattet.

Aber nur derjenige kann in einer Zeit, in der die Sowjetunion ihre Truppenstärke um 1,2 Millionen reduziert, solche Pläne haben, der einen Angriffskrieg vorbereitet.

Den Angriffscharakter charakterisiert, verbunden mit der Ablehnung jeglicher Uebererkauf über Abrüstung, die Bewaffnung der Bonner Armee. Kriegsminister Strauß charakterisierte sie im April vorigen Jahres wie folgt: „Heer: Jede Division soll eine Raketenereinheit mit dem Typ ‚Honest John‘ zugeteilt erhalten... Marine: Die Marine muß wesentliche Schlußfolgerungen aus dem Beginn des Raketenzeitalters ziehen. Dabei geht es um die Bewaffnung von Marineeinheiten mit Fernleucht- waffen, um eine schwimmende Luftabwehr zu schaffen, die für die Ostsee besondere Bedeutung hat...“

Aber es wird nicht zur Verwirklichung der Aggressionspläne kommen. Täglich erstarbt unsere Republik, und hinter ihr steht die Kraft des gesamten sozialistischen Lagers, das zewappnet ist, jede Aggression energisch zurückzuweisen. **G. L.**

Wissenschaft im Mittelpunkt

(Fortsetzung von Seite 1)
grüßt, und es gab in vielen dieser Gespräche sehr lebhaft Diskussionen über politische Grundfragen und über Wege zur Verbesserung der Arbeit im Studium und in Lehre und Forschung, wobei die Probleme der kollektiven Arbeit eine große Rolle spielen.

Unsere Arbeit, die mit darauf gerichtet war, große Teile der Angehörigen der Chemischen Institute und des Pharmazeutischen Instituts für die Probleme, die in der Vorbereitung der Wahlen in der Parteiorganisation diskutiert wurden, zu interessieren, brachte uns viele Hinweise. Das drückte sich zur Wahlversammlung auch darin aus, daß die Wahlversammlung von einer Delegation parteiloser Studenten, einer Delegation parteiloser Gewerkschaftsangehöriger und einer Delegation der ausländischen Studenten begrüßt wurde. Nationalpreisträger Prof. Dr. Wolf, Fachrichtungsteiler Chemie, und Prof. Dr. Wagner, Direktor des Pharmazeutischen Instituts, übersandten der Versammlung Begrüßungsschreiben.

Für die Grundorganisation kommt es jetzt darauf an, die Erfahrungen auszuwerten und diesen Weg konsensueller zu beschreiten.